

# PARLAMENTARSREPORT



## Liebe Leserinnen und Leser!

*Zum zweiten Mal gelang es Neonazis nicht, Dresden für ihren europaweit größten Marsch zu missbrauchen. Das ist Grund zur Freude und ein weiterer Schritt in Richtung des Verschwindens des braunen Spuks aus dem Straßenbild der Landeshauptstadt, wo er über Jahre hinweg durch behördliches Versagen fast unbehebt wuchern konnte. 82 verletzte Polizisten und über 150 verletzte Gegendemonstranten gehören leider auch zur Bilanz des 19. Februar 2011. Ganz klar: Wir lehnen Gewalt ab! Aber selbst nach Einschätzung von Innen-Staatssekretär Wilhelm waren an diesem Tag „99,9 Prozent friedliche Leute“ an den Protesten gegen die Nazis beteiligt. Es lag nicht an den friedlichen Blockaden, die Ausdruck breiten zivilgesellschaftlichen Engagements sind, dass die überregionale Öffentlichkeit diesmal Fernsehbilder brennender Barrikaden sehen musste. Auf den Prüfstand gehört vielmehr ein Sicherheitskonzept von Stadt und Polizeiführung, die aus verantwortungslosen Urteilen des Dresdner Verwaltungsgerichts pro Nazi-Aufmarsch und drei Nazi-Kundgebungen die falschen Schlussfolgerungen gezogen haben. Dass eine CDU/FDP-Mahnwache genehmigt, eine Mahnwache der Gewerkschaft jedoch verboten wird, ist eine inakzeptable Ungleichbehandlung. Hinzu kommt die generelle Diskriminierung der Versammlungsfreiheit der Demokraten gegenüber einer kilometerbreiten „Schutzzone“ für Nazi-Veranstaltungen. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden – ja zu Demokratie und Versammlungsfreiheit, Nein zu Nazis. Das Stopp-Schild des „Wunsiedel-Urteils“ des Bundesverfassungsgerichts vom November 2009 muss auch für Sachsen gelten!*

Dr. André Hahn  
Fraktionsvorsitzender

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## Immer entschlossen gegen Nazis!

Aktuelle Debatte im Landtag auf Antrag der Fraktion DIE LINKE

Jedes Jahr im Februar wird Dresden zum Tummelplatz von Neonazis. Der traditionelle Großaufmarsch ist ein wichtiges Integrationsmoment der Rechten – ihre offene Geschichtsklitterung und die alljährliche Instrumentalisierung der Opfer sind widerlich und müssen von allen demokratischen Kräften bekämpft werden. Der 13. Februar ist längst kein regionales Thema mehr – auch der Landtag muss sich positionieren. Ein Antrag der LINKEN (Drs 5/4806), der ein fraktionsübergreifendes Bekenntnis der demokratischen Parteien „gegen den fortgesetzten Missbrauch des Gedenkens zum 13. Februar durch geschichtsverfälschende, fremdenfeindliche, antisemitische, neonazistische und demokratiefeindliche rechte Kräfte“ zur Folge gehabt hätte, wurde jedoch von allen anderen Fraktionen abgelehnt – auch von SPD und Grünen.

### Unfähiges Dresdner Rathaus

In der Aktuellen Debatte kritisierte André Hahn im Landtag vor allem das hilflose Agieren der Dresdner Stadtoberen. Das Verbot des vom Bündnis „Dresden Nazifrei“ geplanten „Gedenkgangs“ zu den „Wirkungsstätten“ der Dresdner Naziverbrecher, etwa zum ehemaligen Gestapogefängnis auf der Schießgasse, sei ein Skandal. Während das Versammlungsrecht der Nazis konsequent durchgesetzt werde, versuche die Stadtverwaltung beharrlich, die Nazigegner aus der historischen Altstadt herauszuhalten. André Hahn forderte die Dresdner Verwaltungsspitze auf, „endlich kooperativ mit dem Bündnis „Dresden Nazifrei“ zusammenzuarbeiten“. Annkatrin Klepsch reflektierte in ihrem Redebeitrag die Dresdner Gedenk- und Erinnerungskultur. Die

Menschenkette habe nur Symbolcharakter – eine dauerhafte Verdrängung der Nazis könne nur mit Massenblockaden gelingen. Zugleich kritisierte sie den Mythos von der „unschuldigen Stadt“ – Dresden sei eine „Nazi-hochburg“ und ein „Knotenpunkt des Güterzugverkehrs für die ortsansässige Rüstungsindustrie“ gewesen. Abschließend erinnerte sie an einen fast vergessenen Aspekt der Dresdner Bombennacht: Einige Jüdinnen und Juden, die am Folgetag noch deportiert werden sollten, fanden im Chaos der Zerstörung die Freiheit.

### „Rechts wegschauen, Links weghauen“

Am 13. Februar diesen Jahres war es letztlich nur dem Mut und der Entschlossenheit der Blockierenden zu verdanken, dass die Route der Nazis verkürzt und Protest in Sicht- und Hörweite ermöglicht wurde. Zugleich haben sie dem Rektor der TU Dresden und der Stadtverwaltung eine große Blamage erspart – wie peinlich wäre es gewesen, wären die Nazis nach der Anmeldung der Menschenkette

durch den Rektor ausgerechnet über das Universitätsgelände marschiert. Den eigentlichen Erfolg aber brachte der 19. Februar: Erneut gelang es, den Nazis eine empfindliche Niederlage beizubringen. Das Bündnis „Dresden Nazifrei“ verfolgte wie 2010 eine Strategie der gewaltfreien Blockaden; dennoch kam es am Rande der weitgehend friedlichen Protestaktionen zu Gewaltausbrüchen. Die Urteile des Verwaltungsgerichts nötigten die Polizei zum überfordern den Strategiewechsel – und zum oft unverhältnismäßigen Einsatz von Wasserwerfern, Schlagstöcken und Pepperball-Gewehren. Als Nazis das Wohnprojekt „Praxis“ in Dresden-Löbtau überfielen, sah die Polizei tatenlos zu. Derweil stürmten SEK-Beamte das „Haus der Begegnung“ und verwüsteten die Parteizentrale der Dresdner LINKEN, das Pressebüro von „Dresden Nazifrei“ und die Räume des Vereins Roter Baum e. V. Diese und viele andere Ereignisse werden ein juristisches und parlamentarisches Nachspiel haben – die Fraktion DIE LINKE wird dabei eine treibende Kraft sein.



## CDU/FDP lassen Hartz IV-Betroffene im Regen stehen

Monatelang wurde um die Leistungen für Hartz IV-Betroffene gestritten. Im Bundesrat hat auch die sächsische Staatsregierung Einfluss auf die Verhandlungen. Daher wollte DIE LINKE mit einem Dringlichen Antrag (Drs 5/4904) die Staatsregierung verpflichten, im Interesse der Betroffenen zu verhandeln. CDU und FDP lehnten dieses Anliegen ab. Schon anderthalb Monate war die Bundesregierung bei der Umsetzung der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Neuregelung von Hartz IV im Verzug. Diese Unterlassung geht allein in Sachsen auf Kosten von mehr als einer halben Million Men-

sch. Die SPD-Fraktion stimmte der Behandlung des Antrags der LINKEN zu. Umso merkwürdiger die Replik von Grünen-Chefin Herme-nau, als Finanzpolitikerin der damaligen grünen Regierungsfraktion im Bundestag für Hartz IV mitverantwortlich: Man werde sich enthalten, weil Kritik an Schwarz-Gelb zwar berechtigt, der Antrag aber populistisch sei. Die Forderung der LINKEN an die Staatsregierung, im Interesse der mehr als 500.000 Hartz IV-Betroffenen in Sachsen endlich einen konstruktiven Beitrag zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zu

leisten, wurde eine Absage erteilt, so der sozialpolitische Sprecher, Dr. Dietmar Pellmann. In den wochenlangen Verhandlungen hat sich die Staatsregierung nicht im Geringsten für die Hartz IV-Betroffenen in Sachsen eingesetzt – sie unterwarf sich dem schwarz-gelben Verweigerungskurs. Nun wurde ein fauler Kompromiss beschlossen, der wohl vor den Gerichten keinen Bestand haben wird; eine neue Klageflut ist vorprogrammiert. Die Fraktion DIE LINKE forderte die Staatsregierung auf, die vereinbarte Mogelpackung im Bundesrat abzulehnen, jedoch vergebens.

# Antidiskriminierungsbüro Sachsen droht das Aus

Freya-Maria Klinger fordert einen langfristigen Fortbestand

Das Antidiskriminierungsbüro Sachsen (ADB) ist eine Anlaufstelle für alle – und durch seine Beschäftigung mit mehrdimensionaler Diskriminierung das einzige seiner Art in den ostdeutschen Flächenländern. Deshalb wird es auch von der Bundesregierung als Positivbeispiel angeführt. Das Büro geht davon aus, dass die verschiedenen Diskriminierungsmerkmale – wie Geschlecht, sexuelle Identität oder Religion – gleichermaßen schutzwürdig sind. Damit wird eine Hierarchisierung von Betroffenen-Gruppen verhindert.

Diese gut ausgebaute Struktur steht nun unter anderem wegen der Finanzkürzungen der Stadt Leipzig vor dem Aus. Die Sächsische Staatsregierung hat das nicht verstanden und will auch keine Notwendigkeit erkennen, für den Erhalt des ADB Sachsen einzutreten. Doch Antidiskriminierungsarbeit, vor allem auf dem Gebiet der Mehrfachdiskriminierung, ist wie Gleichstellung ein Querschnittsthema – kein typisches „Frauenthema“ oder „Behindertenthema“. Es berührt fast alle gesellschaftspolitisch relevanten Bereiche. Deshalb haben sich zahlreiche Persönlichkeiten und Organisati-

onen in Statements für den Fortbestand des ADB ausgesprochen. Es ist Ansprechpartner für unterschiedlichste Zielgruppen – von Schülerinnen und Schülern über Studierende, ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen bis hin zu MultiplikatorInnen und PolitikerInnen.

Anlässlich der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar formulierte Ministerpräsident Tillich im Landtag: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Es bedeutet: Für Demokraten ist jeder Mitbürger gleich viel wert. Ich muss nicht jeden lieben. Aber ich muss jedem mit Respekt gegenüber-

treten. Und wo ein Mitbürger diskriminiert wird, muss ich ihn in Schutz nehmen. Ich empfinde dieses Muss nicht als Bedrückung, sondern als Befreiung: Denn ich kann mich nicht frei fühlen in einer Gesellschaft, in der andere unfrei sind und als Ungleiche behandelt werden. Ich meine, das sollte für uns alle die Richtschnur unseres Handelns sein: Alle Mitbürger als Gleiche behandeln. Niemanden benachteiligen, stets solidarisch handeln.“

Und weiter: „Darüber sollten wir nicht nur heute nachdenken, sondern jeden Tag. Nur so kann es uns gelingen, Demokratie zu leben.“

Die Zeit des Nachdenkens war in diesem Fall lang genug. Die Zeit zum Handeln ist gekommen, weil die Projekte und Initiativen, die genau das leisten, wovon Stanislaw Tillich gesprochen hat, vor dem Aus stehen. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, eine Antidiskriminierungskultur zu schaffen und gesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen. Das Antidiskriminierungsbüro Sachsen ist dabei ein wesentlicher Baustein.

Die Fraktion DIE LINKE fordert deshalb die Sicherung seiner Existenz!



## LINKE erinnerten an Erich Zeigner (SPD)

Auch in der sächsischen Landesgeschichte gibt es Persönlichkeiten, deren historisches Erbe von den Herrschenden marginalisiert zu werden droht. Erich Zeigner, als sächsischer SPD-Ministerpräsident 1923 treibende Kraft einer Regierungskoalition mit den Kommunisten und später unermüdlicher Oberbürgermeister von Leipzig, zählt zweifellos zu jenen fast vergessenen Charakteren. Anlässlich seines 125. Geburtstages widmete die Fraktion DIE LINKE seinem Andenken eine Veranstaltung, aus der auch eine Broschüre mit beredten Zeugnissen seines Lebens entstanden ist.

Das Hauptreferat hielt der Historiker Dr. Manfred Hötzel, der kurzfristig für den verstorbenen Zeigner-Experten Prof. Werner Bramke eingesprungen war. Prof. Dr. Peter Porsch, ehemaliger Vorsitzender der Linksfraktion.PDS, heute Fraktion DIE LINKE, hielt die Gedenkrede auf Prof. Bramke. Frank Kimmerle stellte den Verein Erich-Zeigner-Haus e.V. vor.

Erich Zeigner hat sich um Sachsen in besonderer Weise verdient gemacht. Sein Vermächtnis ist unvermindert aktuell – auch heute ist „die Entwicklung von der Privatwirtschaft zur Gemeinwirtschaft

vorwärts zu treiben“ (Zeigner 1923 im Landtag). Innovationen, die Zeigner als Regierungschef protegierte – eine fortschrittliche Gemeindeordnung, Demokratisierung der Verwaltung und Humanisierung des Strafvollzugs – haben bis heute überdauert.

Die sächsische Staatsregierung und die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag haben es nicht für notwendig erachtet, an Erich Zeigner zu erinnern. Seiner Bereitschaft, in politischen Fragen ausgetretene Pfade zu verlassen, begegnen sie wohl eher mit Angst als mit dem gebotenen Respekt.

## Tusch für Täve

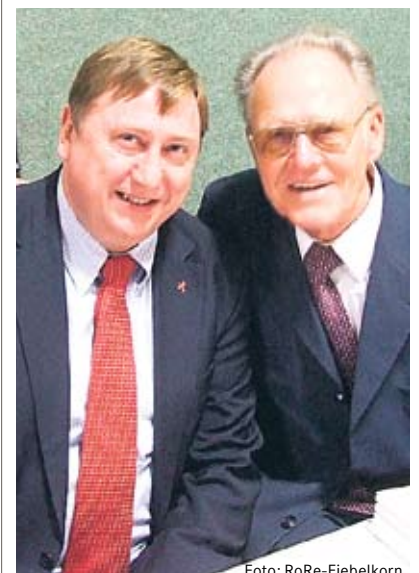


Foto: RoRe-Fiebelkorn

Am 23. Februar feierte der legendäre Radsportler und Friedensfahrer Gustav-Adolf (Täve) Schur seinen 80. Geburtstag. Am darauffolgenden Wochenende ehrte DIE LINKE den wohl populärsten Sportler in der Geschichte der DDR mit einer großen Gala im Sportzentrum Kleinmühlingen. Eingeladen hatten die beiden Vorsitzenden der LINKEN Gesine Löttsch und Klaus Ernst sowie der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Gregor Gysi. Selbstverständlich ließ auch Sachsens Fraktionschef Dr. André Hahn die Gelegenheit nicht ungenutzt, mit dem berühmten Athleten – der auch Mitglied der Volkskammer und Abgeordneter der PDS im deutschen Bundestag war – ins Gespräch zu kommen.



Foto: DAK

# Bessere Chancen für Langzeitarbeitslose

## Kommunen wollen öffentlich geförderte Arbeitsmarktprojekte

Zum Jahreswechsel 2010/2011 waren im Rechtskreis SGB II entsprechend des Arbeitsmarktberichtes der Regionaldirektion Sachsen 179.965 Menschen in Sachsen als arbeitslos gemeldet. Die Lage für die Betroffenen hat sich unter anderem deshalb zugespitzt, weil sich die Staatsregierung frühzeitig aus der Finanzierung von Maßnahmen des kommunalen Kombilohnes zurückgezogen und andererseits das vom Bund aus geschriebene Beschäftigungsprogramm zur kommunalen Bürgerarbeit ausgeschlagen hat. Diese Vorgehensweise der Staatsregierung, Angebote Dritter nicht in Anspruch zunehmen, verpflichtet sie in besonderer Weise, eigene landesspezifische Anstrengungen zu unternehmen.

Nun schreibt Wirtschaftsminister Morlok einen Ideenwettbewerb zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Langzeitarbeitslosen aus, obwohl er in den Sitzungen des Wirtschaftsausschusses nicht einmal in der Lage ist, die Zahl der Langzeitarbeitslosen für Sachsen glaubhaft zu benennen. Bundesagentur, Jobcenter und zugelassene kommunale Träger (optierende Kommunen) betreuen in Sachsen mehr als 200.000 Menschen, die länger als ein Jahr arbeitssuchend sind. Es wird nicht möglich sein, bei einer Gesamtwerbepersonenzahl von 1,93 Mio. in Sachsen die über 400.000 Arbeitssuchenden

im ersten Arbeitsmarkt unterzubringen. Im Doppelhaushalt für 2011/12 sind für eine aktive Arbeitsmarktpolitik der Staatsregierung keine konkreten Mittel eingestellt. Und mit dem von der Staatsregierung am 16. Dezember 2010 ausgeschriebenen Wettbewerb „Individuelle Einstiegsbegleitung“ wird nur für einen kleinen Teil der Langzeitarbeitslosen eine Beschäftigungsperspektive eröffnet. Diesen festgestellten Mangel wollte die Fraktion DIE LINKE mit dem Antrag „Projekt zur Verbesserung der Beschäftigungschancen Langzeitarbeitsloser neu ausrichten – 'Ideenwettbewerb' für kommunale Träger jetzt öffnen!“ (Drucksache 5/4788) beheben und erreichen, dass der Wettbewerb für kommunale

Träger von Beschäftigungsfördermaßnahmen geöffnet wird, so der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Fraktion, Thomas Kind.

Durch das Auslaufen der von der sächsischen Regierung vorzeitig beendeten Projekte und die massiven Kürzungen der aktiven Arbeitsmarktmittel durch die CDU/FDP-Koalition im Bund werden sich die Probleme potenzieren. Bürgermeister und Landräte warten jedoch auf solche Angebote und Initiativen. Die Fraktion DIE LINKE meint: Um Menschen dauerhaft aus dem Bezug von Sozialleistungen zu erlösen, sind ernsthafte öffentlich geförderte Arbeitsmarktprojekte nötig!



Foto: efa

# Gesetzesnovelle in Sachen Gesundheitsschutz

## Die LINKE will per Gesetz (Drs 5/4819) Verbraucherrechte stärken

Verbraucherinformation ist eine zentrale Voraussetzung für vertrauensvollen und mündigen Konsum, für Selbstvorsorge. Die Fraktion DIE LINKE stimmt mit der Verbraucherzentrale überein, dass die Rechtslage dabei grundlegender Veränderungen bedarf. So ist zum Beispiel eine allgemeine Informationspflicht der Gesundheitsbehörden notwendig, wenn ein Interesse der Öffentlichkeit besteht. Auch die Namen der betroffenen Hersteller müssen genannt werden können. Diese und andere Fragen will DIE LINKE in einer Novelle des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst regeln, so die Sprecherin für Verbraucherschutz der Fraktion, Julia Bonk.

Damit werden erste Punkte des Aktionsplanes der Verbraucherschutzminister bereits in Vorschläge für rechtsverbindliche Regelungen umgesetzt. Weit über 200 Verordnungen und Gesetze regulieren den Verbraucherschutz im Bereich der Lebensmittel. Trotz dieser Regeldichte, der zahlreichen Inspektionen (allein im Jahr 2009 in rund

545.000 Betrieben) und der 387.000 Proben, die dabei genommen wurden, kam und kommt es regelmäßig zu Problemen - erinnert sei nur an Diskussionen wie jene zum Thema Gammelfleisch, die aufgebautes Vertrauen erschüttern. Im Verlauf des letzten Dioxinskandals wurden weitere gesetzliche Regelungslücken mehr als deutlich.

Die Fraktion DIE LINKE will nun zum Beispiel erreichen, dass von den Erzeugern selbst in Auftrag gegebene Kontrollergebnisse im Falle von Verunreinigungen automatisch auch an die öffentlichen Behörden weitergeleitet werden. Zudem sollen Qualitätskriterien in der Lebensmittelkontrolle durch die verantwortliche Landesbehörde verbindlich festgeschrieben werden. Außerdem soll es eine Kennzeichnungspflicht von Futtermitteln und tierischen Produkten geben.

Die Fraktion DIE LINKE wird auch über die Beratung im Ausschuss hinaus das Gespräch mit den verantwortlichen Verbänden und Behörden suchen.

# Konjunkturpaket II lässt Haushaltsrücklagen schmelzen

## Eklanter Einbruch bei Investitionsmitteln – erste Landkreise hissen die weiße Fahne

Der im letzten Jahr verabschiedete Doppelhaushalt der Sächsischen Staatsregierung lässt die Investitionsmittel von Städten, Gemeinden und Landkreisen in diesem Jahr um über 70 Prozent schrumpfen – ein nie dagewesener Einbruch. Statt 800 Millionen Euro wie 2010 stehen 2011 nur noch 231 Millionen Euro für Investitionen zur Verfügung. Nachdem die Staatsregierung im Landkreis Nordsachsen die haushaltslose Zeit als Normalzustand akzeptiert, hat nunmehr auch der Landkreis Görlitz die weiße Fahne gehisst und sieht sich nicht in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

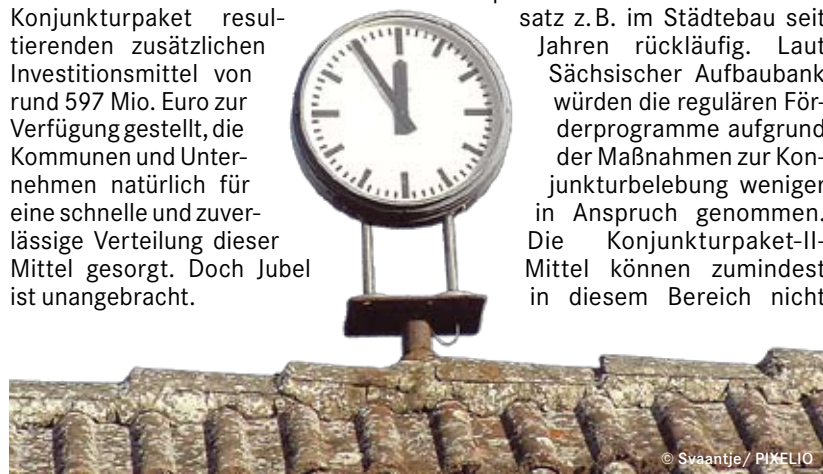
Der Landtag aber führte indes auf Antrag von CDU und FDP eine Eigenlobdebatte über die Finanzmittel des Konjunkturpakets II, an deren

Zustandkommen Sachsen überhaupt keine Anteil hat, so die kommunalpolitische Sprecherin, Marion Junge.

Der Bund hat die aus dem Konjunkturpaket resultierenden zusätzlichen Investitionsmittel von rund 597 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, die Kommunen und Unternehmen natürlich für eine schnelle und zuverlässige Verteilung dieser Mittel gesorgt. Doch Jubel ist unangebracht.

Denn im Sonderbericht des Sächsischen Rechnungshofes finden sich auch etliche kritische Anmerkungen zur Umsetzung des Konjunkturpaketes. So sei der Mittelaussatz z. B. im Städtebau seit Jahren rückläufig. Laut Sächsischer Aufbaubank würden die regulären Förderprogramme aufgrund der Maßnahmen zur Konjunkturbelebungen weniger in Anspruch genommen. Die Konjunkturpaket-II-Mittel können zumindest in diesem Bereich nicht

die erwünschten zusätzlichen Effekte bringen. Sachsen hat durch das Konjunkturpaket sogar Geld gespart, es blieben rund 116,8 Mio. Euro staatlicher Städtebaumittel durch die Kommunen ungenutzt. Die Finanzsituation von Städten und Gemeinden hat sich jedoch eher verschlechtert. Zwar konnten viele Kommunen in den Jahren 2009 und 2010 mehr investieren, jedoch zu einem hohen Preis: der Aufzehrung ihrer Haushaltsrücklagen. Die Finanzschwäche der Kommunen wurde nicht abgebaut; stattdessen wurden Städte, Gemeinden und Landkreise zur schnellen Geldausgabe getrieben. Mittlerweile gibt es in vielen Kommunen akute Finanzprobleme, zehn Landkreise können in diesem Jahr ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen. Reserven gibt es keine.



© Svaantje / PIXELIO

## CDU-Fraktion lautlos

Das iPad von Apple liegt derzeit voll im Trend – es ist klein, leise und quasi mit einem Fingerzeig zu bedienen. Wer nicht die unzumutbare Mühe auf sich nehmen will, mit einem kiloschweren Laptop zu arbeiten – dessen Tastatur großen Tipplärm verursacht und der überdies auch noch eine geschlagene halbe Minute zum Hochfahren braucht – der besorgt sich für schlappe 800 Euro einen dieser kleinen Tablet-PCs. Auch die CDU-Fraktion im Landtag will sich dem technologischen Fortschritt nicht verweigern – und bestellte kurzerhand 70 Exemplare, um jedem ihrer Abgeordneten und allen parlamentarischen Beratern je ein iPad kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Moment: Kostenlos? Aber das Gerät kostet doch eine Menge Geld! Das stimmt durchaus, aber die Kosten tragen – wen wundert's – die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Denn die 56.000 Euro für diese zweifellos unverzichtbare Anschaffung entnahm die CDU nicht den steuerfreien Aufwandspauschalen der Abgeordneten – die eigentlich für den Kauf von Bürotechnik gedacht sind und pro Monat bis zu 2.860 Euro betragen – sondern dem allgemeinen Etat der Fraktion. Damit hat die CDU-Fraktion dem Landtag eindrucksvoll demonstriert, wie effiziente parlamentarische Arbeit aussehen kann – sicherlich hat es sich gelohnt, dafür ein wenig Steuergeld umzuverteilen. Dass Sachsen bei Bildung, Sozialem und Verkehr sparen muss, ist bekannt – vielleicht kommen nun langsam die wahren Ursachen für die knappen Kassen ans Licht. PHK

## Gesetzlose Polizeiarbeit

Der Landtag behandelte bei seiner letzten Sitzung auch den Tätigkeitsbericht des Sächsischen Datenschutzbeauftragten (Drs 5/451). Zahlreiche Feststellungen darin geben Anlass zur Kritik – so darf der vielgelobte neue Personalausweis künftig nicht mehr kopiert und zur Verifikation von Verfahren – etwa beim Schriftverkehr mit der Rentenstelle – eingesandt werden. Doch davon abgesehen sticht ein Defizit der sächsischen Datenschutzpolitik besonders hervor: Dem Polizeilichen Auskunftssystem Sachsen (PASS), das der sächsischen Polizei zur landesweiten Erfassung, Speicherung und Auswertung relevanter Informationen zu Straftaten dient, fehlt offenbar die gesetzliche Grundlage. Mehrere öffentliche Stellen verarbeiten mit dieser Datenbank personenbezogene Daten – wie Sprecherin für Verbraucherschutz, Julia Bonk, für die Fraktion DIE LINKE im Landtag kritisierte, ergibt sich daraus eine erhebliche Gefährdung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung. Denn der Abruf von Informationen durch Dritte kann nicht wirksam kontrolliert werden. Die Fraktion DIE LINKE fordert daher die unverzügliche Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für alle polizeilichen Datenbanken.

# Aus den Ausschüssen des Landtags

## Öffentliche Anhörungen auf Antrag der Fraktion DIE LINKE

### Keine Gemeindefusion ohne Bürgerbeteiligung!

Überall in Sachsen finden Diskussionen über Gemeindefusionen statt, seitdem der Innenminister das überarbeitete Leitbild der neuen Gemeindegebietskulisse veröffentlicht hat. Zur Anhörung im Innenausschuss waren acht Bürgermeister, vier Vertreter kommunaler Verbände sowie ein Jurist als Sachverständige geladen. Einmütig vertraten sie die Auffassung, dass durch die Freiwilligkeit des Verfahrens die Chance besteht, Städte und Gemeinden zukunftsfähig und attraktiv zu gestalten. Allerdings wurden auch die ungelösten Probleme benannt. So fehlt ein Leitbild für den ländlichen Raum, der durch die Eingemeindungen in die Mittelzentren weiter geschwächt wird. Auch muss der kommunale Finanzausgleich um Komponenten ergänzt werden, die weniger auf die Einwohner, sondern auf die zu erfüllenden Aufgaben abstellen. Der zeitliche Druck auf den Prozess der Gemeindefusionen muss entfallen, da hier sehr komplexe Entscheidungen vorzubereiten und transparent zu vermitteln sind; die Fusionsprämien sollten bis 2014 gezahlt und im ländlichen Raum aufgestockt werden. Weiterhin ist die Frage der Entschuldung fusionswilliger Gemeinden ungelöst. Gleiches gilt für die permanente Unterfinanzierung aller sächsischen Kommunen.

Die Fraktion DIE LINKE, so die kommunalpolitische Sprecherin, Marion Junge, wird den Prozess der Gebietsreform weiter aktiv und kritisch begleiten und darauf drängen, dass das Innenministerium die angesprochenen Probleme einer Lösung zuführt.

### Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen verbessern

Jährlich kommen auf unterschiedlichen Wegen etwa 100 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Sachsen. Ihnen fehlen Sorge- bzw. Erziehungsberechtigte. Diese jungen Leute müssen gemäß dem Kinder- und Jugendhilfegesetz in Obhut genommen und schnellstmöglich ein Vormund bestellt werden, um eine gesetzliche Vertretung im Sinne des



Kindeswohls zu gewährleisten. Dabei sind vielfältige Fragen zu klären – sie reichen von Identität, Alter, Familie und Gesundheit bis zur Fluchtgeschichte und Persönlichkeit des jungen Flüchtlings. Wesentlich und zentral ist dabei auch die Aufenthaltsrechtliche Situation. In der öffentlichen Anhörung im Verfassungs-, Rechts- und Europaausschuss zeigte sich, dass es in Sachsen dabei keine einheitliche Vorgehensweise gibt. Während in Leipzig auf Grundlage eines örtlich abgestimmten Konzeptes sehr schnell gehandelt wird, dauert der Vorgang bis zur notwendigen familiengerichtlichen Entscheidung in Chemnitz deutlich länger. Laut Freya-Maria Klinger, Sprecherin für Migrationspolitik, besteht ein großer Nachteil auch darin, dass es in Sachsen kein zentrales Clearinghaus gibt, in das alle jungen Flüchtlinge aufgenommen werden. Diese Stellen haben sich in anderen Bundesländern bewährt, weil dort differenzierter auf die Bedürfnisse der jungen Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern der Erde eingegangen werden kann. Insgesamt wurde für den Freistaat vielfältiger Handlungsbedarf dargelegt. Insbesondere nach der Rücknahme der Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention ist auch Sachsen in der Pflicht, seinen Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Sinne der Sicherung des Kindeswohls wesentlich zu verbessern.

### UN-Behindertenrechtskonvention erfordert Aktionsplan

Sachverständige wie Ralph Beckert, Landesgeschäftsführer des Sozialverbandes VdK Sachsen e.V., befürworteten in der Anhörung den Antrag der LINKEN (Drucksache 5/2176). Darin wird die Staatsregierung aufgefordert, einen Aktionsplan zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte der Menschen mit Behinderungen zu erstellen, so der Sprecher für Behindertenpolitik, Horst Wehner.

Entscheidend ist hierbei, die Lage von Menschen mit körperlichen, geistigen, seelischen und/oder Sinnesbeeinträchtigungen vollständig zu erfassen, realistisch zu bewerten und entsprechende konkrete gesetzliche Regelungen auf den Weg zu bringen. Es muss gewährleistet werden, dass Menschen mit den genannten Einschränkungen vor Diskriminierung und Ausgrenzung geschützt werden. Der Aktionsplan muss gemeinsam mit den Verbänden, Selbsthilfe- und Interessengruppen entwickelt werden. Dafür ist es notwendig, ein Sächsisches Inklusions- und Gleichstellungsgesetz zu verabschieden, das es mit der Sicherung der Teilhabe und selbstbestimmten Lebensführung von Menschen mit Beeinträchtigungen auch wirklich ernst meint.



## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1  
01067 Dresden  
Telefon 0351/493-5800,  
Fax 0351/493-5460  
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de  
www.linksfraktion-sachsen.de  
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag